

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Jugendhilfeausschuss	10.10.2018	öffentlich
Fachbeirat für Mädchenarbeit	21.11.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Partizipation - Darstellung der Themenfelder und Beschlusslage(n)

Betroffene Produktgruppe

11 06 01 Förderung von Kindern/Prävention

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Jugendhilfeausschuss, 07.12.2016, TOP 5
 Jugendhilfeausschuss, 01.02.2017, TOP 4.1, Drucksachen-Nr. 4308/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 05.04.2017, TOP 6, Bericht BJR
 Jugendhilfeausschuss, 07.03.2018, TOP 5, Bericht BJR
 Jugendhilfeausschuss, 11.04.2018, TOP 4.1, Drucksachen-Nr. 6449/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 04.07.2018, TOP 6, Drucksachen-Nr. 6877/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 05.09.2018, TOP 10, Drucksachen-Nr. 7005/2014-2020

Sachverhalt:

A. Ausgangslage

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat sich seit Ende 2016 in mehreren Sitzungen mit dem Thema Jugendbeteiligung befasst. Dabei sind in der Fachpolitik von den Erwachsenen unterschiedliche Formen der Partizipation diskutiert und darüber hinaus durch den Bielefelder Jugendring e.V. (BJR) die Meinungen und Interessenslagen von Mädchen und Jungen eingefangen worden.

In der Sitzung des JHA am 05.09.2018 ist die Verwaltung gebeten worden, die Themenfelder und die Beschlusslage(n) darzustellen.

B. Themenfelder und Beschlusslage(n)

In der Sitzung am **07.12.2016** haben Jugendliche eine Präsentation über den Fachtag Jugendbeteiligung am 23.11.2016 eingebracht. Der Fachtag wurde vom Jugendhilfeausschuss als ein guter Auftakt angesehen für den Einstieg in die Weiterentwicklung der Partizipation. In einem nächsten Schritt sollte gemeinsam mit den Entscheidungsträgern in Bielefeld überlegt werden, wie die Beteiligung der Jugendlichen umgesetzt werden könnte.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, den Jugendlichen die notwendigen Informationen zu vermitteln, wurde in der Einbeziehung der Schulen gesehen. Vor diesem Hintergrund wurde vereinbart, dass die

BezirksSchülerInnenVertretung ihr Konzept zur Jugendbeteiligung im JHA vorstellen und der BJR dieses Thema auch aus seiner Sicht darstellen soll.

Außerdem wurde vereinbart, das Thema mit den Trägern im Rahmen der Gespräche über die Schwerpunktthemen für die nächste Leistungsvertragsperiode zu erörtern.

Ausgehend von einem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN hat der JHA am **01.02.2017** einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung zu entwickeln. Dazu gehört insbesondere

- Im Rahmen der Ausgestaltung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen („dialogisches Verfahren“) gemeinsam mit den Trägern zu klären, wie die Beteiligung der Nutzer*innen in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) weiterentwickelt werden kann.*
- Mit dem Bielefelder Jugendring zu klären, wie dieser gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden, den politischen Jugendorganisationen, you name it, sowie den Bielefelder Schulen die politische Bildung und politische Beteiligung stärken kann, z. B. durch ein Planspiel oder ein Jugendforum, das geeignet ist, Jugendliche für die Politik zu begeistern und ihnen einen Einblick in kommunalpolitische Abläufe zu geben.*
- Zu prüfen, wie die Verwaltung regelhaft Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse einbeziehen kann (z. B. Erarbeitung von Handlungsprogrammen im Rahmen Integrierter Stadtentwicklungsvorhaben (INSEK), (Spiel)Platzgestaltung, Grünplanung, Verkehrsplanung). Im Rahmen der Quartiersentwicklung soll die Einrichtung eines "Jugendfonds" (z.B. im INSEK-Handlungsprogramm) geprüft werden.*

Anknüpfend an die Verabredung in der Sitzung am 07.12.2016 hat der BJR in der Sitzung des JHA am **05.04.2017** dann unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation „Bildung, Beteiligung, Begeisterung von Jugendlichen für Kommunalpolitik“ seinen Vorstellungen präsentiert. Ausgehend von dem Gedanken, Jugendliche als Expertinnen/Experten in eigener Sache von Anfang an einzubinden, schlägt der BJR das Beteiligungsformat „Work & Pleasure“ für Jugendliche und junge Erwachsene mit einer Auftaktveranstaltung am 10.05.2017 und einer Folgeveranstaltung Anfang Oktober 2017 vor.

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung im JHA. Diskutiert wurde, ob bereits konkrete Beschlüsse gefasst werden sollten. Das wurde im Ergebnis verworfen. Stattdessen wurde vereinbart, zunächst die Auftaktveranstaltung von „Work & Pleasure“ abzuwarten. Aus Diskussion ist deutlich geworden, dass einvernehmlich die Bereitschaft besteht, den Jugendlichen Unterstützung bei ihrer Projektarbeit zukommen zu lassen.

Anschließend hat die BezirksSchülerInnenVertretung Bielefeld ihr Konzept für mehr Jugendbeteiligung in der Bielefelder Kommunalpolitik vorgestellt. Vereinbart wurde, diese Thematik in angemessener Zeit wieder im JHA zu beraten.

Nach der Durchführung des Beteiligungsformats „Work & Pleasure“ haben Jugendlichen gemeinsam mit dem BJR ihre Erkenntnisse und Erwartungen am **07.03.2018** im JHA vorgestellt. Als ein größeres Projekt wurde die Planung eines Openair-Festivals für ca. 1.000 Jugendlichen in der Altersgruppe von 14 - 18 Jahren im Jahr 2019 benannt.

Die Präsentation ist von allen politischen Parteien begrüßt worden. Für das Festival und für die vom BJR vorgeschlagenen jährlichen Jugendprojekte sagte die Vorsitzende Frau Weißenfeld die Unterstützung des JHA zu.

In der Sitzung des JHA am **11.04.2018** sind

- ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der BfB-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN und
- ein Ergänzungsantrag des BJR

intensiv diskutiert worden.

Im Ergebnis hat der JHA einstimmig zunächst folgenden Beschluss gefasst:

1. Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss

- *Jugendliche erhalten einen Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Damit verbunden ist ein Antragsrecht zu Tagesordnungspunkten und die Möglichkeit von Anfragen. Das Mitglied sowie ein stellvertretendes Mitglied sollen aus dem Vorstand der BezirksSchülerInnenVertretung benannt werden und im Alter von 14-18 Jahren sein.*
- *Bei Teilnahme an den Sitzungen erhält das Mitglied das obligatorische Sitzungsgeld sowie die entstandenen Fahrtkosten.*
- *Für die Vor- und Nachbereitung der JHA-Sitzung können die Jugendvertreter*innen Besprechungsräume beim Bielefelder Jugendring nutzen können.*
- *Das Jugendamt stellt eine/n Ansprechpartner/in für die Jugendvertreter*innen im Jugendhilfeausschuss zur Verfügung. Er/Sie sollen bei organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen zur Verfügung stehen sowie Lotsenfunktion zu anderen Ämtern und Abteilungen übernehmen.*

2. Politische Bildung

- *Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine Einführungsveranstaltung „Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“ zu erarbeiten. Für die Durchführung dieser Veranstaltung stehen Mitglieder der Ratsfraktionen zur Verfügung. Adressaten dieser Veranstaltung sind Schülerinnen und Schüler der Schulfächer der Sekundarstufen I und II sowie der Bielefelder Jugendring mit seinen Organisationen.*
- *Um dieses Angebot den Schulen bekannt zu machen, ist eine enge Verzahnung von Schule und Jugendhilfe notwendig. Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Schuldezernent die Schulen und die entsprechenden Lehrkräfte dazu informieren.*

3. Politische Teilhabe:

- *Der Bielefelder Jugendring wird gebeten, mit den Jugendlichen zusammen ein Konzept eines Planspieles samt Kostenplan zu erstellen und im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Bereits bestehende Formate, wie das Planspiel des Vereins Jugend und Politik, sollen dabei berücksichtigt werden.*
- *Der Jugendhilfeausschuss setzt sich dafür ein, dass der Bielefelder Jugendring auch weiterhin einen jährlichen Jugendtag durchführt, wie z.B. „Work & Pleasure“ und/oder andere (neue) Formate. Soweit gewünscht, stellen sich die politischen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses als Diskussionspartner für solche Veranstaltungen zur Verfügung.*
- *Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit ein Jugendparlament eingerichtet werden kann. Dazu sollen die Erfahrungen des geplanten Landesjugendparlamentes abgewartet werden.*
- *Im Rahmen der INSEK-Projekte und möglicher neuer Programme des Landes NRW soll die Verwaltung prüfen, inwieweit Budgets für Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden können.*

Außerdem hat der JHA mit Mehrheit bei einer Enthaltung folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur JHA-Sitzung am 04.07.2018 ein grobes Konzept einschließlich einer Kostenkalkulation für die nachfolgend benannten „Bausteine“ zur Jugendbeteiligung zu erarbeiten:

- *Jährliche Durchführung eines Jugendtages o.ä. (siehe: Antrag „Beteiligung von*

Jugendlichen“ Punkt 3) mit dem Ziel der Stärkung von Jugendbeteiligung.

- Gewährleistung der Weiterverfolgung von Bielefeld-relevanten Themen, die im Verlauf des Jungentages benannt wurden.
- Jährliche Durchführung eines Jugend-Projektes, das von Jugendlichen geplant und (mit-) bearbeitet wird und das einer freien Form von Jugendbeteiligung entspricht.
- Ermittlung des Bedarfs an Unterstützung von ehrenamtlich geleisteter Jugendarbeit durch hauptamtliche Kräfte.

In der Sitzung des JHA am **04.07.2018** hat die Verwaltung das angeforderte Grobkonzept vorgestellt. Zur Unterstützung der ehrenamtlich geleisteten Jugendbeteiligung ist die Einrichtung einer hauptberuflichen Fachkraftstelle der Sozialpädagogik beim BJR erforderlich. Diese sollte gemischtgeschlechtlich mit zwei Personen besetzt werden, von denen eine jünger als 27 Jahre alt sein sollte. Der Personalaufwand ist mit 39 Wochenstunden (= 60.000 €) kalkuliert worden. Der Sachaufwand ist abhängig vom Projektthema und wurde mit momentan 55.000,- € kalkuliert.

Nach erfolgter Diskussion im JHA hat die Vorsitzende Frau Weißenfeld hinsichtlich der umzusetzenden Maßnahmen darum gebeten, bis zu den Haushaltsberatungen entsprechende politische Anträge einzubringen.

In der Sitzung des JHA am **05.09.2018** hat der JHA dem Rat einstimmig u.a. empfohlen,

ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied aus dem Vorstand der BezirksSchülerInnenVertretung als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.

Der **Fachbeirat für Mädchenarbeit** ist in seiner Sitzung am **19.09.2018** ebenfalls über das Grobkonzept der Verwaltung, das am 04.07.2018 im JHA vorgestellt worden ist, informiert worden. Der Fachbeirat für Mädchenarbeit hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit begrüßt ausdrücklich die Jugendbeteiligung im Rahmen des vorgestellten Beteiligungsprozesses.

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit bittet die Politik, durch entsprechende Beschlussfassungen den Beteiligungsprozess finanziell abzusichern.

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit bittet den Jugendhilfeausschuss daher in seiner Sitzung am 10. Oktober 2018 um entsprechende unterstützende Beschlussfassungen analog der in der Vorlage dargestellten Kosten.

C. Umsetzung und Umsetzungsvoraussetzungen

Folgende Maßnahmen sind **bereits umgesetzt** worden:

- Aufnahme einer Jugendlichen/eines Jugendlichen als beratendes Mitglied im JHA

Folgende Maßnahmen sind federführend vom **Jugendamt** umzusetzen:

- Entwicklung eines Konzeptes zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung (einschließlich Nutzung des dialogischen Verfahrens, Stärkung der politischen Bildung und Beteiligung sowie Einbeziehung in Planungsprozesse).
- Bereitstellung einer Ansprechpartnerin/eines Ansprechpartners für die Jugendvertreter*innen im JHA (Unterstützung bei organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen sowie Lotsenfunktion zu anderen Ämtern und Abteilungen).
- Erarbeitung eines Konzeptes für eine Einführungsveranstaltung „Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“.
- Nach Vorliegen der Erfahrungen des Landesjugendparlaments Prüfung der Einrichtung eines Jugendparlaments in Bielefeld eingerichtet werden kann. Dazu sollen die Erfahrungen des geplanten Landesjugendparlamentes abgewartet werden.

- Prüfung, ob und inwieweit im Rahmen der INSEK-Projekte und möglicher neuer Programme des Landes NRW Budgets für Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden können.

Folgende Maßnahmen bedürfen der Umsetzung durch den **BJR**:

- Bereitstellung von Besprechungsräumen für die Jugendvertreterinnen/Jugendvertreter zwecks Vor- und Nachbereitung der JHA-Sitzungen.
- Zusammen mit den Jugendlichen Erstellung eines Konzeptes eines Planspieles samt Kostenplan und Vorstellung im JHA.
- Jährliche Durchführung eines Jungentages o.ä. mit dem Ziel der Stärkung von Jugendbeteiligung.
- Gewährleistung der Weiterverfolgung von bielefeld-relevanten Themen, die im Verlauf des Jungentages benannt wurden.
- Jährliche Durchführung eines Jugend-Projektes, das von Jugendlichen geplant und (mit-) bearbeitet wird und das einer freien Form von Jugendbeteiligung entspricht.

Voraussetzung dafür ist, dass dem BJR die entsprechenden Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. In der Sitzung des JHA am 04.07.2018 hat die Verwaltung das angeforderte Grobkonzept vorgestellt. Dabei hat sie mitgeteilt, dass sie zur Unterstützung der ehrenamtlich geleisteten Jugendbeteiligung die Einrichtung einer hauptberuflichen Fachkraftstelle der Sozialpädagogik beim BJR für erforderlich hält. Der Personalaufwand ist mit 39 Wochenstunden (= 60.000 €) kalkuliert worden. Außerdem werden Sachmittel benötigt. Der Sachaufwand ist abhängig vom Projektthema und wurde mit momentan 55.000 € kalkuliert.

Über die Bereitstellung dieser Mittel für die Zeit **ab 2020** könnte seitens der zuständigen politischen Gremien im Rahmen der Beschlussfassung zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2020 – 2022 entschieden werden. Wird ein Beginn der Arbeit bereits **in 2019** angestrebt, bedürfte es eines vorherigen Beschlusses der zuständigen politischen Gremien.

Um das weitere Verfahren zur Umsetzung der politischen Beschlüsse und der im Grobkonzept am 04.07.2018 vorgestellten Bausteine einzuleiten, erscheint es außerdem sachgerecht, wenn der JHA eine Prioritätensetzung bezüglich der vorstehend dargestellten Maßnahmen vornimmt, da eine parallele Bearbeitung und Umsetzung dieser zahlreichen Maßnahmen aus Ressourcengründen nicht möglich ist.

Beigeordneter

INGO NÜRNBERGER

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.